

Gastkommentar zum wegweisenden Duell ums Präsidentenamt am Sonntag

Die Wahl in Polen ist auch für die Schweiz wichtig

Die Ergebnisse der ersten Runde der polnischen Präsidentschaftswahlen waren ein regelrechter Schock: Der als Favorit geltende Kandidat der regierenden Bürgerkoalition, Warschauer Stadtpräsident Rafal Trzaskowski, lag nur knapp vor Karol Nawrocki, dem Kandidaten der Partei Recht und Gerechtigkeit PiS.

In der zweiten Runde kommt es am Sonntag nun zum Showdown zwischen den gemässigten Kräften um Ministerpräsident Donald Tusk und den radikalen Nationalisten von PiS-Doyen Jaroslaw Kaczynski.

Der knappe Wahlausgang ist für Polen auch insofern überraschend, weil die PiS-Partei bei den Parlamentswahlen im Oktober 2023 eine empfindliche Niederlage einstecken musste. Die sechstgrösste Volkswirtschaft der EU verabschiedete sich damit vorerst von der Autokratisierung der vorangegangenen Jahre.

Donald Tusk kündigte denn auch umgehend Reformen an, um den Abbau der Rechtsstaatlichkeit durch die frühere PiS-Regierung umzukehren. Allerdings erreichte er nur sehr wenig: Allzu oft stand ihm der scheidende Präsident Andrzej Duda mit seinem Veto im Weg.



Warschauer Stadtpräsident Rafal Trzaskowski mit einer potenziellen Wählerin. Bild: Szymanski/EPA

Und fast ebenso häufig zerstritt sich die Koalition, noch bevor es überhaupt zu einer Abstimmung im Parlament kommen konnte.

Wird am Sonntag überraschend Karol Nawrocki zum Präsidenten gewählt, ist dies ein Rückschritt in unsichere Zeiten. In den kommenden Jahren werden sich damit

Regierung und Staatsoberhaupt gegenseitig blockieren.

Dies hätte gerade für die Wirtschaft verheerende Folgen. Tausende von Unternehmen haben sich in den letzten Jahren in Polen niedergelassen, um dort vom Zugang zu hochqualifizierten und motivierten jungen Menschen zu profitieren. Dazu zählen auch über



Schnitt in der ersten Runde überraschend gut ab: Herausforderer Karol Nawrocki. Bild: Nowak/EPA

200 Schweizer Firmen, die in sogenannten Nearshorings insbesondere konzerninterne Dienstleistungen in Ostmitteleuropa ansiedeln.

Gesamthaft dürfte inzwischen rund eine halbe Million Arbeitskräfte in solch wissensintensiven Bereichen tätig sein. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass Polen zum

wirtschaftlich erfolgreichsten Land Europas geworden ist.

Dieser Sektor setzt aber stark auf Stabilität und Zuverlässigkeit. Die Investitionen lohnen sich für Unternehmen nur, wenn sich eine proeuropäische Regierung an die dringend notwendigen Reformen machen kann. Und obschon Polen zahlreiche ausländische Investitionen anlocken konnte, steht das Land vor grossen Herausforderungen, etwa bei der Umstellung auf erneuerbare Energien und eine nachhaltige Wirtschaft. Dies kann nur zusammen mit ausländischen Investoren geschehen.

Hinzu kommt die geografisch und historisch wichtige Rolle des ostmitteleuropäischen Landes. Polen hat unter Ministerpräsident Tusk eine entscheidende Rolle eingenommen, wenn es um die Unterstützung der benachbarten Ukraine geht. Zusammen mit England, Deutschland und Frankreich führt Polen die Koalition der Willigen an. Dies ist – mit Blick auf die durchaus spannungsgeladene Geschichte dieser Nachbarn – alles andere als selbstverständlich.

Für die Schweiz hat Polen eine zentrale Funktion eingenommen in den Bemühungen um

eine Lösung der bilateralen Beziehungen mit der EU. Während der EU-Ratspräsidentschaft, die noch bis Ende Juni Polen zusteht, war die Schweiz immer wieder inoffizieller Gast in Gesprächen. Und nicht zuletzt stehen in den kommenden Jahren rund 320 Millionen Schweizer Franken bereit, die im Rahmen des Kohäsionsbeitrages in bilaterale Projekte mit Polen investiert werden.

Trzaskowski setzt nun auf die junge, urbane und insbesondere auch weibliche Bevölkerung. Diese ging schon im Oktober 2023 überproportional an die Urne und schaffte die Abkehr von der Autokratisierung.

Eine Wahl Nawrockis und damit eine Stärkung des rechten Randes wäre für die Wirtschaft – auch in der Schweiz und dem übrigen Europa – eine Hiobsbotschaft.



Marcel Hirsiger ist Dozent und Osteuropaexperte an der Fachhochschule Nordwestschweiz.

Sebastian Kurz freigesprochen

Auf Österreichs Ex-Kanzler wartet dennoch weiteres Ungemach.

Stefan Schocher, Wien

Das Urteil kam einigermaßen überraschend: Im Berufungsverfahren gegen den in erster Instanz zu einer Bewährungsstrafe verurteilten Ex-Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) entschied das Gericht am Montag im Sinne des Verurteilten. Der Freigesprochene ist damit unbescholten. Und so wird in Österreich bereits über Kurz' Rückkehr in die Politik spekuliert. Denn mit ihm an der Spitze erhielt die ÖVP in der Nationalratswahl 2019 satte 37 Prozent. Aktuell dümpeln die Konservativen bei 21 Prozent herum. Da und dort lässt so mancher in der ÖVP durchschimmern, dass man sich wieder den Kurz zurückwünscht.

Der Abschluss des Verfahrens am Montag war jedenfalls der erste Streich in der gerichtlichen Aufarbeitung der Ära Kurz – und ein wichtiger Etappensieg für den Ex-Kanzler. In dem Verfahren ging es darum, inwieweit Kurz in die Bestellung eines Intim-Freundes zum Aufsichtsrat der staatlichen Beteiligungs-AG ÖBAG involviert gewesen war. Vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss hatte Kurz ausgesagt, er sei nicht beteiligt gewesen.

Chatnachrichten sowie Aussagen des beförderten Intim-Freundes legen Gegenteiliges nahe. Daher die Anklage wegen



Ex-Kanzler Sebastian Kurz stellt sich nach dem Gerichtsurteil den zahlreichen Medienvertretern. Bild: Imago (Wien, 26. Mai 2025)

Falschaussage – und die erstinstanzliche Verurteilung im Februar 2024: Damals kassierte Kurz eine Freiheitsstrafe von acht Monaten bedingt. Er selbst bezeichnete diese Verurteilung stets als «ungerecht».

In der Berufung argumentierte die Verteidigung, der damalige Kanzler sei bei seiner Befragung unterbrochen worden. Kurz habe aber wahrheitsgemäss ausgesagt, eine Vollständigkeit der Aussage sei laut Geschäftsordnung nicht nötig. Das Gericht gab dieser Argumentation recht. Abgeschlossen sind die Affären und Skandale rund um seine beiden Amtszeiten allerdings noch lange nicht – und da stellt sich jenseits juristischer Belange auch die Frage, wie sich das alles politisch auswirkt.

Denn da ist die Inseraten-Affäre, da ist die Umfrage-Causa, da sind offene Fragen zur Parteienfinanzierung. Da ist auch sein Millionenhonorar von einer IT-Firma aus Abu Dhabi. Auch in der Aufarbeitung der Signa-Pleite könnte noch einiges auf Kurz zukommen.

Manche sehen in Sebastian Kurz einen smarten Unternehmer, der die Konservativen entstaubt hat und ein Opfer der Justiz wurde. Gegner sehen in ihm einen Demagogen ohne politisches Gewissen. Der Weg vor Gericht war für die Ankläger jedenfalls ein steiniger. Im Zuge der Ermittlungen hatte Kurz die Justiz beschuldigt, politisch motivierte Ermittlungen zu führen, und Staatsanwälte sowie Journalisten direkt angegriffen.

«Ohrfeige» für Macron

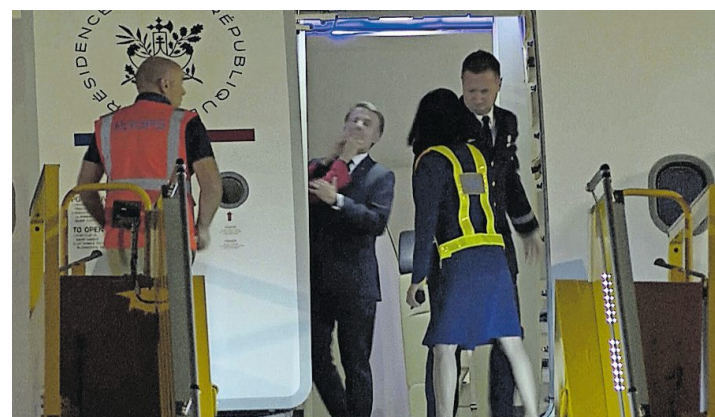
Frankreichs First Lady rutscht die Hand aus – dem Internet gefällt's.

Stefan Brändle, Paris

«War es eine Ohrfeige?», fragt das Pariser Newsportal Linternaute. Von solchen Fragen wimmelte es am Montag im Internet, nachdem ein Kameramann der Agentur AP die Ankunft der Macrons in Hanoi, der Hauptstadt Vietnams, gefilmt hatte. Auf dem Video sieht man Macron noch im Innern des Flugzeugs, dessen Tür sich gerade geöffnet hat. Mit einem Mal schiesst ein rot gekleideter Arm vor, mitten ins Gesicht des Staatschefs.

Das Video dieses Zwischenfalls verbreitete sich hunderttausendfach im Web. Das Präsidialamt im Elysée-Palast demenitierte zuerst. Doch der vorschnellende Arm gehört unbestreitbar der First Lady. Nun änderte das Elysée die Version: Die Rede war von einem «Moment der Vertraulichkeit». Danach sah es allerdings ebenso wenig aus, als das Paar das Flugzeug verliess: Brigitte wies Emmanuel angebotenen Arm auf der Rolltreppe schroff zurück. Später bagatellierte Macron die «Eheszene» als einen «Jux».

Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Version zutrifft. Indem das Elysée aber zuerst die Unwahrheit deklamierte, machte es sich selber unglaubwürdig. Und darin liegt die politische Bedeutung des viralen Videos. In den letzten Wochen hatte sich



Alles nur Spass? Das verräterische Video zeigt Frankreichs Präsidenten in Hanoi in ungemütlicher Lage. Bild: Hau Dinh/AP

Macron bemüht, seine präsidiale Aura mit Auftritten auf dem internationalen Parkett zu stärken. Als geohrfeigter Staatschef macht er den Imagegewinn buchstäblich auf einen Schlag zunichte.

Einer der ersten Sender, die darüber berichteten, war Russia Today, zuständig für die Verbreitung der Kreml-Propaganda in der ganzen Welt. Vor zwei Wochen kolportierten Moskauer Medien, Emmanuel Macron habe bei der gemeinsamen Zugfahrt mit Bundeskanzler Friedrich Merz und dem britischen Premier Keir Starmer ein Säckchen Kokain vor sich auf dem Tisch gehabt. Die Behauptung erwies sich als Fake News.

Brigitte Macron ist ebenfalls schon Opfer solcher Fake News

geworden: Die amerikanische, in Moskau verehrte Influencerin Candace Owens behauptet seit langem, die Première Dame sei in Wahrheit ein Mann.

Solche absurden, aber auch sehr genau gestreuten «Gerüchte» sind ein Teil der russischen Strategie, alles und davon das Gegenteil zu behaupten – sodass am Schluss nichts mehr eindeutig stimmt, und Russland dann auch nicht mehr als Kriegstreiber gegen die Ukraine dasteht.

«Was für ein Mann, diese Brigitte», flachste einer im Internet über die Lehrerin Brigitte Macron, die ihrem einstigen Schüler Emmanuel vermeintlich eine knallt – offenbar ohne zu wissen, dass er mit solchen Anspielungen russischen Theorien Vorschub leistet.